

Bericht gefunden im Netz und kommentiert von Matze Lentzsch (19.08.2016)

## **Die Frage nach dem Sinn einer weiteren Erhöhung des Renteneintrittsalters**

Von Stefan Sell (<http://aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/2016/07/169.html#more>)

Wir erinnern uns alle noch an die Auseinandersetzung über die "Rente mit 67", die vielen Proteste dagegen und die dann dennoch erfolgte Verabschiedung durch die alte große Koalition.

Wie bekommt man das in die Köpfe des überwiegend sehr unwilligen Publikums?

Man schickt seine Wissenschaftler-Truppen nach vorne. Dann kommt so etwas dabei heraus:

»Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) plädiert für eine weitere Heraufsetzung des Rentenalters ... Nur durch längeres Arbeiten könnten steigende Rentenbeiträge und ein sinkendes Rentenniveau vermieden werden, sagte IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt der „Bild“-Zeitung. „Wenn nicht stärker privat und betrieblich vorgesorgt wird, müsste das Eintrittsalter weiter erhöht werden: bis 2030 auf 69 Jahre und bis 2041 auf 73 Jahre«, kann man dem Artikel IW fordert Rente mit 73 entnehmen.

Selbst die Schreibtischarbeiter des IW sollten wissen, dass es Millionen Beschäftigten gar nicht gelingen kann, bis 67, geschweige denn 69 oder gar 73 durchzuhalten. Jeder, der offenen Auges durch die Arbeitswelt wandert, wird sich dem nicht verschließen können. Warum dann aber immer wieder dieses Herumreiten auf ein höheres Renteneintrittsalter?

In dem bereits aufgerufenen Artikel IW fordert Rente mit 73 wird dazu Hans-Jürgen Urban vom Vorstand der IG Metall kurz und präzise zitiert:

**„Bekanntlich führt die Anhebung der Regelaltersgrenze nicht zu einem längeren Verbleib in den Betrieben, sondern zu drastischen Rentenkürzungen.“**

**Und genau darum geht es, denn mit den Abschlügen bei einem vorzeitigen Rentenbezug wird die Rentenversicherung natürlich auch "entlastet".**

Und wenn man etwas länger nachdenkt, dann sollte den Arbeitnehmern klar werden, dass es sich bei den immer wieder vorgetragenen und von vielen Medien wiedergekäuten Argument, "die" Lebenserwartung steige doch kontinuierlich und "wir" beziehen immer länger Rente, also könne "man" doch auch etwas länger arbeiten, um ein überaus vergiftetes Argument handelt.

Dazu bereits die Hinweise in meinem Blog-Beitrag (<http://stefansell.blogspot.de/>) Rente mit 70(+)? Warum die scheinbar logische Kopplung des Renteneintrittsalters an die steigende Lebenserwartung unsinnig ist und soziale Schieflagen potenziert (<http://aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/2016/04/96.html>) vom 22. April 2016.

Dort wurde herausgearbeitet, dass die schematische Erhöhung des Renteneintrittsalters für bestimmte Menschen ein doppelter Schlag ins Gesicht wäre. Zum einen haben wir eine erhebliche Spannweite der Lebenserwartung dergestalt, dass die unteren Einkommensgruppen (also die mit den in der Regel eben auch niedrigen Renten) um Jahre kürzer leben als die oberen Einkommensgruppen, die nicht nur höhere Renten bekommen, sondern diese auch länger in Anspruch nehmen können. Und hinzu kommt, dass eine weitere Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters gerade für die unteren Einkommensgruppen eine weitere Rentenkürzung bedeuten würde, denn viele von den Menschen hier arbeiten in Berufen, die man definitiv nicht bis in diese hohen Altersgruppen ausüben kann bzw. man wird vorher von den Arbeitgebern entsorgt und durch andere, jüngere Arbeitskräfte ersetzt und findet dann keine andere Beschäftigung mehr.

Aber um diese Zusammenhänge geht es in Wirklichkeit nicht. Sondern die Aktivitäten des IW und anderer Akteure (man nehme als aktuelles Beispiel den Gastbeitrag von Axel Börsch-Supan und Friedrich Breyer Die fünf großen Irrtümer in der Rentendebatte in der Süddeutschen Zeitung, die mit keiner Zeile darauf hingewiesen hat, wie verstrickt Börsch-Supan mit der deutschen Versicherungswirtschaft ist, die ihn und sein Institut mit erheblichen Geldmitteln sponsort.

Norbert Häring in seinem Blog-Beitrag Wirtschaftswissenschaftler als heimliche Lobbyisten der Versicherungsbranche kritisch aufgearbeitet) stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Aktivitäten der "Gegenseite", wo dazu aufgerufen wird, dass die um die Jahrtausendwende mit dem unter Rot-Grün vollzogenen Paradigmenwechsel in der Alterssicherungspolitik verbundene Absenkung des Rentenniveaus gestoppt und umgekehrt wird. Man kann in diesem Zusammenhang beispielsweise auf die Vorschläge der IG Metall zu einer solidarischen Alterssicherung verweisen, unter denen sich - als Zwischenziel - eine Stabilisierung des Rentenniveaus befindet, was die gesetzlich bereits scharf gestellten weiteren Rentenniveauabsenkungen aufhalten würde.

Dagegen wird jetzt aus unterschiedlichen Richtungen gefeuert. Und im kommenden Jahr, in dem Bundestagswahlen anstehen, wird das noch mal ein paar Nummern heftiger werden. Aber man sollte nicht vergessen, dass es um die Alterssicherung von Millionen Menschen geht, die darauf existenziell angewiesen sind und dass wir zugleich über sehr lange Zeiträume sprechen, wenn es um die Rente und andere Alterssicherungsprodukte geht.

Von Stefan Sell

(Stefan Sell ist ein deutscher Sozialwissenschaftler. Er ist Professor für Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik und Sozialwissenschaften am RheinAhrCampus Remagen der Hochschule Koblenz und gilt als „Experte in Arbeitsmarktfragen“. Wikipedia).(Quelle: <http://aktuelle-sozialpolitik.blogspot.de/2016/07/169.html#more>)

Gefunden im Netz von Matze Lentzsch für Bürgerforum Südbrandenburg

**Mein Fazit dazu: Eine Erwerbstätigenversicherung für ALLE, die erwerbstätig sind, wie in Österreich wäre ein Lösungsansatz, doch dazu müssten die starren Privilegien des Beamtentumes in Deutschland aufgebrochen werden. Doch den Zorn dieser Privilegierten will keine Partei auf sich ziehen. Und außerdem beträfe es die meisten unserer hochrangigen Staatsdiener selbst.**

Matze Lentzsch für Bürgerforum Südbrandenburg